

Liese Ceserinnen,

nach dem fulminanten Wahlsieg von Daniel Günther in Schleswig-Holstein konnte am vergangenen Sonntag auch Hendrik Wüst ein wirklich gutes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen für die CDU erzielen. Das davon ausgehende Signal ist eindeutig: Der neue, gute Kurs der Partei kommt an! Die SPD hingegen konnte in ihrem einstigen Stammland nicht überzeugen. Was uns ein Warnsignal sein muss, ist die geringe Wahlbeteiligung. Das darf nicht einfach schweigend hingenommen werden, sondern die Parteien müssen weiter aktiv den Dialog mit den Menschen suchen. Ein Grund für das schlechte Abschneiden der SPD ist das weiterhin ungeschickte Agieren des Kanzlers auf Bundesebene. Seine jüngsten Äußerungen zu den wichtigen symbolischen Besuchen hochrangiger deutscher wie internationaler Politiker lässt mich nur noch den Kopf schütteln. Auch der viel zu zögerliche Prozess der Waffenlieferungen ist ein verheerendes Signal an die Menschen in der Ukraine, die auf unsere Unterstützung bauen. Über das Bild, das der Bundeskanzler damit von Deutschland bei der internationalen Staatengemeinschaft zeichnet, ganz zu schweigen. Vor allem die ausbleibende Umsetzung der Waffenlieferungen hat der CDU- und Unionsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz zu Recht mit sehr deutlichen Worten in seiner gestrigen Rede im Bundestag kritisiert.

The Washen

Debatte zum Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche



Berlin. Hierbei handelt es sich um ein sensibles Thema, das die Entscheidungsgewalt der Frau und das Lebensrecht des Kindes gleichermaßen berücksichtigen muss. Beim Gesetzesvorhaben der Ampelfraktionen geht es nicht nur um Informationen auf Praxiswebseiten, wie gerne behauptet wird. Die geplante

Streichung von § 219a im Strafgesetzbuch ermöglicht viel mehr. Zum Beispiel Werbung in den Sozialen Medien, Anzeigen und Plakate. Das Ergebnis sehen wir schon heute in Ländern ohne Werbeverbot: Kliniken können bewerben, bei wem der Abbruch am günstigsten oder am schnellsten geht und bei wem die Atmosphäre am freundlichsten ist. Das ist nach Auffassung der CDU/CSU mit dem Schutz des Kindes nicht vereinbar. Vor allem: Anders als von der Ampel dargestellt, sind Information über die verschiedenen Varianten von Schwangerschaftsabbrüchen und die Liste der Bundesärztekammer mit entsprechenden Praxen und Kliniken bereits jetzt mit wenigen Klicks im Netz zu finden. Und: Es gibt jederzeit die Möglichkeit, sich unmittelbar beim Arzt über alle Details zu informieren. Ein einfacher Anruf genügt. Kurzum: Es ist richtig und wichtig, dass die Entscheidung über einen Abbruch allein bei der Frau liegt. Aber zusätzliche Werbung braucht es für diesen weitreichenden Eingriff nicht! Ein Video meiner Rede finden Sie hier.

Leistungsfähige Binnenschifffahrt erhalten am Ausbau der Neckarschleusen festhalten

Odenwald-Tauber. Gemeinsam mit meinen baden-württembergischen CDU-Bundestagskollegen aus dem Verkehrsausschuss sowie den direkt gewählten CDU-Kollegen entlang des Neckars habe ich kürzlich einen Brief an den Bundesverkehrsminister geschrieben. Darin fordern wir die Rücknahme der neuen Planungen, die nur eine Instandhaltung, nicht aber den Ausbau der Neckarschleusen vorsehen. Seit Jahren kämpfen wir für den Ausbau des Neckars, so dass auch 135 Meter lange Schiffe verkehren können. Ein Abweichen von den lange geplanten Ausbauzielen, obwohl auch mit dem Land Baden-Württemberg der Ausbau der Schleusen vereinbart wurde, enttäuscht sehr. Das Land unterstützt seit vielen Jahren die Planungen und soll nun vor vollendete Tatsachen gestellt werden. So kann man mit Partnern nicht umgehen. Ausbau und Instandhaltung müssen Hand in Hand gehen, damit Investitionen schneller getätigt und Kosten gespart werden können. Nur mit einem Ausbau wird die Bundeswasserstraße Neckar attraktiver für den Güterverkehr. Nur so kann dauerhaft eine Entlastung der Straßen in der Region und damit auch ein Beitrag zum Klimaschutz realisiert werden.



Wir brauchen einen Schutzschirm gegen die Inflation



Inflation, Energiepreise und Nahrungsmittelknappheit machen unser Leben immer teurer. Statt entschlossen zu handeln, verstrickt die Ampel sich bei der Inflationsbekämpfung in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen. Mit unserem Antrag "Preissteigerung bekämpfen – Schutzschirm gegen die Inflation" haben wir daher konkrete, koordinierte Schritte gefordert: Einen raschen und vollständigen Ausgleich der kalten Progression. Kurzfristige Auszahlung der Energiepauschale, bei gleichzeitiger Ausweitung auf Rentner, Studenten und Bezieher von Lohnersatzleistungen, wie zum Beispiel das Elterngeld für junge Familien. Für die Jahre 2022 und 2023 müssen wir die Energie-, Strom- und Umsatzsteuer senken – insbesondere für Kraftstoffe. Die Pendler brauchen eine echte und dauerhafte Entlastung. Für mehr Wettbewerbsfähigkeit und stabile Preise brauchen wir strukturelle Maßnahmen – Beschleunigung von Planungs- sowie Genehmigungsverfahren und den konsequenten Abbau

von Bürokratie und Investitionshemmnissen. All dies ergibt einen wirkungsvollen Inflationsschutzschirm. Die Finanzpolitik der Bundesregierung haben wir als CDU/CSU in dieser Woche auch in einer Aktuellen Stunde auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt. Darin haben wir deutlich gemacht, wie wir uns glaubhaft für eine Rückkehr zu finanzpolitischer Solidität einsetzen. Was mir persönlich besonders wichtig ist: Wir dürfen im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht über die finanziellen Verhältnisse leben!

Temporäre Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe

Die Energiesteuer auf Benzin und Diesel wird für drei Monate verringert, was die Abgabenlast um ca. 30 Prozent senkt. Die Grundidee dieser Ampelmaßnahme ist gut. Aus Sicht der CDU/CSU geht sie jedoch nicht weit genug. Mit unserem Entschließungsantrag haben wir konkrete Verbesserungsvorschläge ins Plenum des Bundestages eingereicht. Eine Absenkung für nur drei Monate ist nicht ausreichend. Erstens dürfte die Ukrainekrise länger als nur drei Monate dauern. Zweitens ist der Umstellungsaufwand für die Unternehmen groß. Drittens hören wir schon jetzt, dass die Absenkung wahrscheinlich nicht oder zu einem kleinen Teil an die Verbraucher weitergegeben wird. Ein längerer Zeitraum ist erforderlich, damit die Kraftstofflager mit der erhöhten Steuer geleert, wiederbefüllt und anschließend die Senkung auch weitergegeben werden kann. Deshalb fordern wir eine dauerhafte Absenkung der Energiesteuer auf das unionsrechtliche Mindestmaß, zumindest jedoch für zwei Jahre.

Internationale Nahrungsmittelversorgung sicherstellen und unsere Landwirtschaft krisenfest machen

Seit rund fünf Monaten ist Cem Özdemir als Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft im Amt. Die Bilanz seiner Arbeit ist ernüchternd – was gerade für unsere ländlich geprägte Heimat eine Enttäuschung ist: Sechs Mio. Euro weniger soll es künftig für das "Bundesprogramm Ländliche Entwicklung" geben. Auch die Kürzung von vier Mio. Euro im "Investitions- und Zukunftsprogramm Landwirtschaft" ist das völlig falsche Signal. Wir brauchen zur Sicherung unserer Ernährung gerade jetzt hochmoderne und nachhaltige Höfe. Auch auf mit Blick auf die internationale Agrarpolitik ist die erste Bilanz mager: Die Ukraine fällt infolge des Krieges als Kornkammer Europas aus. Viele Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, die von dort Agrargüter importiert haben, sind auf Weizen als strategisch wichtigem Rohstoff angewiesen. Mit unserem Antrag "Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten", haben wir als Union ein umfassendes Konzept vorgelegt, um die Nahrungsmittelversorgung angesichts der Verwerfungen durch Putins Angriffskrieg zu sichern.

Wirtschaftsjunioren suchen Deutschlands Ausbildungsass



Auch in diesem Jahr suchen die Wirtschaftsjunioren wieder Deutschlands beste Ausbliderinnen und Ausbilder. Die Ausschreibung richtet sich an Unternehmen, Betriebe, Institutionen, Schulen und Initiativen, die einen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze leisten und Jugendliche in besonderer Weise dabei unterstützen, den Weg ins Berufsleben zu finden. Teilnahmeberechtigt sind alle Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen, Mitglied einer IHK oder eines sonstigen Berufsverbandes sind, sowie Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Kreishandwerkerschaften und Innungen.

Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2022.

Weitere Informationen rund um die Bewerbung finden Sie auch online.



Geplantes Auslaufen der Biersteuerermäßigung kommt zur Unzeit



Odenwald-Tauber. Beim Austausch mit Brauereivertretern der Region standen die Bewältigung der Coronapandemie und weitere aktuelle Herausforderungen im Mittelpunkt. Schon die vergangenen Pandemiejahre waren nicht leicht für unsere Brauereien. Nun stellen die Folgen des Ukrainekrieges, wie die hohe Inflation und die stark ansteigenden Rohstoff- und Energiepreise, eine zusätzliche Belastung für die Unternehmen dar. Das von der Bundesregierung geplante Auslaufen der Biersteuerermäßigung ab dem 1. Januar 2023 kommt zur Unzeit und ist existenzgefährdend für unsere mittelständischen Brauereien. Mit unserem dagegen gerichteten Antrag "Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in der Gastronomie und der ermäßigten Biersteuersätze" haben wir als CDU/CSU nun im Plenum des Bundestages den Druck auf die Ampelparteien erhöht.

Fast 40 Mio. Euro BAFA-Fördermittel für unseren Wahlkreis



Odenwald-Tauber. Im Jahr 2021 hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) rund 5,6 Mrd. Euro für energieeffiziente, klimafreundliche, wirtschaftsfördernde Programme bundesweit bereitgestellt. Davon flossen 39,75 Mio. Euro zu uns in den Wahlkreis. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Förderung im Bereich der energetischen Gebäudesanierung um 6 Mio. auf 33,3 Mio. Euro. Energieberatungen, die dazu dienen, die Effizienzpotentiale von Gebäuden optimal zu nutzen, wurden in Höhe von 620.000 Euro gefördert. Heimische Wirtschaftsunternehmen konnten im Rahmen des Programms "Energieeffizienz in der Wirtschaft" mit Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz von insgesamt 1,5 Mio. Euro profitieren. Hinzu kam eine Förderung unternehmerischen Know-hows im Bereich der Wirtschaftsförderung für kleinere und mittlere Unternehmen mit rund 47.000 Euro. Auch klimafreundliche Mobilität wurde stark gefördert: 848 Elektro- und Hybridfahrzeuge wurden mit einer Gesamtsumme von 4,3 Mio. Euro bezuschusst.

Verabschiedung von Michael Noe als Stadtkommandant der Feuerwehr



Tauberbischofsheim. Fast 50 Jahre war Michael Noe bei der Feuerwehr aktiv. Seit 2004 als ehrenamtlicher Feuerwehrkommandant und ab 2017 zusätzlich als Kommandant der Abteilung Stadt. Gerade die letzten beiden Jahre stehen stellvertretend für die extremen Herausforderungen, die Michael Noe mit Herz und Verstand mit seinen Feuerwehrkameradinnen und -kameraden gemeistert hat. Bei der Flutkatastrophe im Ahrtal war er an vorderster Front mit dabei, um den Menschen und Feuerwehrkollegen zu helfen, sie aufzubauen und ihnen Mut zu machen. Nun wurde er als Stadtkommandant verabschiedet. Für sein langjähriges und verlässliches Engagement gilt ihm mein ganz persönlicher Dank und der Dank unserer gemeinsamen Heimatstadt.

Wöchentliche Telefonsprechstunde Jeden Mittwoch von 11 - 12 Uhr unter 0 93 41 - 858 91 91 Jah frene mich ruf Sie!



Eröffnungsfeier des Umschulungs- und Fortbildungszentrum (UFZ)



Niederstetten. Einen entscheidenden Beitrag zur guten wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region leisten die Bildungseinrichtungen, die Ausbildungen und Umschulungen anbieten. So auch das UFZ Niederstetten – und das seit 50 Jahren. Es war mir ein Herzensanliegen, mich dafür einzusetzen, dass für verschiedene Maßnahmen des UFZ Bundesfördermittel des Ministeriums für Bildung und Forchung bewilligt wurden: 2017 waren es 30.000 Euro für die Modernisierung der Ausstattung, 2017 bis 2019 rund 583.000 Euro sowie 2020 und 2021 satte 1.343.900 Euro für die Modernisierung der Ausstattung in den Bereichen EDV und CNC. Von 2019 bis 2021 dann 4.592.000 Euro für den Neubau, der bereits in Betrieb ist und dessen Eröffnung wir kürzlich gefeiert haben. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich zu diesem schönen Anlasses ein Grußwort sprechen konnte und wünsche auch an dieser Stelle den Schülerinnen und Schülern eine lehrreiche und für uns alle eine wirtschaftlich blühende Zukunft!

Zu Gast bei der Kreisjägervereinigung

Bad Mergentheim. Seit fast 100 Jahren gibt es die Kreisjägervereinigung Bad Mergentheim. Über die letzten beiden Jahrzehnte wurde sie stark durch das Engagement von Hariolf Scherer geprägt, der auf der zurückliegenden Jahreshauptversammlung nicht wieder als Kreisjägermeister kandidiert hat. Seit Beginn meiner Tätigkeit als Abgeordnete unserer gemeinsamen Heimat standen wir in engem Austausch über (bundes-) politische Themen und Entscheidungen zum Thema Jagd. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat es mich sehr gefreut, bei seiner letzten Jahreshauptversammlung als Kreisjägermeister persönlich mit dabei gewesen zu sein und ihm vor Ort für unsere konstruktive Zusammenarbeit und das große Engagement für die Jägerinnen und Jäger herzlich zu danken!

#SocialMedia



nina.warken Heute ist internationaler Tag der #Hebammen.

Als dreifache #Mutter weiß ich, wie wichtig eine gute Betreuung vor, während und nach der #Geburt ist. Dennoch stellen die Arbeitsbedingungen unsere Hebammen vor große Herausforderungen. Über dringend notwendige Verbesserungen, etwa mit Blick auf Versicherung und Entlohnung, habe ich mich bereits im vergangenen Jahr mit den Hebammen aus #OdenwaldTauber ausgetauscht.

Hinzu kommt, dass gerade bei uns im Ländlichen Raum eine #Unterversorgung herrscht. Wer sich nicht schon sehr früh in der #Schwangerschaft um eine Hebamme bemüht, läuft Gefahr, aufgrund der hohen Auslastung keine Betreuung zu hekommen

Es gibt also weiterhin viel zu tun - packen wir es gemeinsam weiter an. Für 🍃 und 🚴 und 参.



Bei Instagram, Facebook oder Twitter finden Sie mich hier:



instagram.com/nina.warken



facebook.com/warkennina



twitter.com/ninawarken

Telefon: 030/227 78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin Erstellung: Katharina Böcker, Layout: Pierre Kneifl, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titelfoto Nina Warken, S. 1), CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Inflation, S. 2), Wirtschaftsjunioren (Ausbildungsass, S. 2), Sabine Holroyd (Feuerwehr, S. 3) D. Breuninger - br.concept (UFZ, S. 4), Team Warken (weitere Fotos).